

Verenrecht. Die Nationalisten beantragen die
Abg. Ewald (Str.): Das Herrenhaus hat sich leiblich des
weiteren mit unseren Angelegenheiten befaßt, die
Weiterleitung der Verhandlungen beauftragt und uns
vorgeworfen, wir müßten uns in die Erörterung ein-
lassen. Nichts ist unrichtiger als dieses. Von Beginn des Krieges
haben wir auf alle gesetzgebende Mitwirkung in vater-
ländischem Interesse verzichtet und alles dem Bundesrat
überlassen. Wir haben uns damit begnügt, von den Maß-
nahmen Kenntnis zu nehmen. Dabei ist die weitere
Zugung unserer Ausschüsse aber unerlässlich. Das Herren-
haus möge vor seiner eigenen Züre treten und uns in Ruhe
lassen. (Schloß & Bravo!)

Der Reichsanwalt hat im Abgeordnetenhaus gesagt, er wüßte eine Politik der
Stille nach außen wie nach innen. Auch wir wollen ein
taftes junges Volk aus dem Krieg herausbringen. Zu begreifen ist, daß nach der letzten Rede des Herrn
v. Treitschke die Ausnahmegerichte gegen die Polen be-
seitigt werden dürften. Bei unseren Feinden sehen wir,
daß die meisten Länder ihre Selbständigkeit verloren haben.
Auch in Italien scheint die Revolution anzubahnen.
Die Cesepere muß aufrecht erhalten bleiben, auch wenn
Amerika sich zum Krieg entschließen sollte. Dann
werden unsere Truppen zu Wasser und zu
Land auch mit Hilfe fertig werden. (Schloß &
Bravo!)

Die Wirksamkeit unserer U-Boote ist auch für
England empfindlicher, als man angenommen hat. Die
Tragweite der russischen Vorgänge ist noch nicht zu über-
sehen. Ebenfalls müssen wir uns über jeder Einmischung
in die inneren Verhältnisse anderer Staaten enthalten.
Das Bündnis mit Österreich-Ungarn ist für uns eine
Lebensnotwendigkeit. Geht unter, so werden wir die
Welt des Friedens zuerst zerstört. Wir
haben diese Voraussetzung erfüllt. Wie
alle Völker, so selbst auch Deutschland nach
Frieden. Unsere Gegner wollen ihn nicht.
Wir haben ihn ernstlich gewünscht. (Beifall.)

Abg. Koss (Cos.): Unsere Feinde wollen einen Sieg
und Eroberung von Krieges nicht wissen, deshalb muß
Deutschland notgedrungen im Verteidigungsstand aus-
dauern. Wir wünschen daher, daß die neue
Kriegsangeleihe möglichst erfolgreich aus-
fällt. (Beifall.) Die Aukerung des
Wirtschaftsministeriums, wir haben im ersten
Mittwoch des Krieges, die Beziehungen zu
China müssen möglichst bald wieder hergestellt werden.
Die mexicanische Sache war kein Verstoß des Auswärtigen
Amtes. Auf die dauernde Eroberung Belgiens muß
verzichtet werden. In Rußland ist das unhaltbare Steuerungs-
system zum Zusammenbruch. Die neue Regierung will vom
Frieden nicht wissen und die englischen Minister waren
voll Genußgier darüber, daß die Russen weiter für die
Krieges wollen. Jetzt ist die Stimmung in England
wesentlich gebessert, denn die Massen verlangen den Frieden.
(Bravo!) Von amtlicher Seite muß betont werden, daß
Deutschland sich nicht für die Wiedereinführung des Haris-
mus verwerde. Der Appell der russischen Sozialdemo-
kraten ist Kopenhagen hat hier nicht nachgedacht werden
dürfen. (Beifall.) Die Stimmung ist nicht eine Dumme-
heit zu geben, die bei uns nicht vorhanden sind. Es ist
richtig, daß die Sozialdemokraten. Es ist kein wirk-
sames Mittel, den entsetzlichen Frieden zu erzwingen, ist
solche Maßnahmen. Wir verlangen, daß alles acten wird,
um mit Rußland zu einem baldigen, ehrenvollen, dauern-
den Frieden zu kommen. (Bravo!) Das Reichswort: Nicht
treibt seine Eroberungspolitik muß Wahrheit bleiben.
Unsere inneren Reformen dürfen nicht im Schmelztempo
erfolgen, sie müssen Schritt halten mit dem Geistesleben
der Welt. Das Unrecht gegen die Polen muß sofort be-
seitigt werden. In Elb-Verträgen dürfen die dynasti-
schen Rücksichten nicht mitsprechen. Wir wollen keine
neuen Bundesstaaten, sondern ein festes Reich. Ich warne
die Regierung, die Stimmung des Volkes zu unterschätzen.
Was heute an der Revolution gemacht werden kann,
muß sofort geschehen. Wir der mecklenburgischen Ver-
fassung hätte zu Kriegsbegleit mit einem föderalisch auf-
geräumt werden können. Wenn etwas mit dem Herren-
haus nicht zu erreichen ist, dann muß es aeaen dieses
geschehen. Nur keine Konzessionen machen, war immer
der Rat der reaktionären Ratgeber der Krone. In welchem
Tempo Deutschland modernisiert wird, ist schließlich ab-
hängig von dem Willen und der Tapferkeit des Volkes. Das
Volk muß alle Energie aufwenden, um die Wunden des
Krieges zu heilen. Ewigen Sie uns deshalb die Aus-
einandersetzungen mit der Regierung. Freie Bahn für das
freie Volk, wenn nicht in Genuß, dann in Ableben, ent-
schlossenen Kampf. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller-Meinungen (Fortf. vgl.): Unsere Aus-
schüsse darf nicht sein, uns in die inneren Verhältnisse Ruß-
lands einzumischen, namentlich nicht anzunehmen des
Borisismus. Unsere unvergleichlichen Truppen machen es
möglich, schon jetzt an innere Reformen heranzugehen. Das
die Form der inneren Kämpfe der großen Zeit entspricht,
rache ich bezweifeln. (Zehr richtig!) Die Monarchen-
aufkommenfünfte dienen nur zur Täuschung des Volkes,
damit sie aber die verdammtesten Zukunftspläne nicht
zu vergleichen. Das Herrenhaus hat kein Wort der
Anerkennung für den Reichstag gefunden. Bedauerlich,
wenn die geheimen Verträge gegen die Revolution
ausgehen, die sich in den Kämpfen gegen den U-Boottief
ausbreiten. (Großer Beifall rechts. Zurufe: Unerbittliche
Unterstellung, Beleidigungen.)

Präsident Dr. Kaempff: Ich habe aus den Ausführungen
seine Beleidigung herausgehört.
Abg. Müller-Meinungen (fortfahrend): An Bayern hat
sich der König loben gewünscht, daß das Volk seit je für
das allgemeine und direkte Wahlrecht. Ist man in Preußen
darfür nicht reif? Wir beantragen demgemäß die Ein-
führung des allgemeinen, gleichen direkten und zehnjährigen
Wahlrechts in allen deutschen Bundesstaaten. Nichts ist
mehr, als eine uneingeschränkte Militärreform. Bedauerlich
ist, daß der Reichsanwaltminister im Abgeordneten-
haus gesagt hat, daß die Militärischen in keinem alten
genen Bewegung haben Verwehen und Deutschland ge-
schaffen. (Zehr richtig! richtig!) Nein, die allgemeine
Wahlrecht und die Volkstrahl haben Verwehen und Deutsch-
land groß gemacht. (Zehr richtig! links.) Rein Wort ist
zu hoch, um einen Minister, der so den Feinden die
Kraft in die Hand gibt, entzagen zu lassen. Der Unter-

schiedlichen Standtag und Reichstag muß beauftragt werden.
Gegenseitiges Vertrauen ist nötig, soll das neue
Deutschland gedeihen. Für die Freiheit zu sorgen ist
Pflicht des deutschen Volkes, in erster Linie der Volks-
vertretungen. An deutschem Völkern soll die Welt ge-
wahrt werden. Das sollte eine gültige Botschaft. (Beifall
links.)

Abg. Stresemann (Nat.): Wir sehen von großen
Entscheidungen mit absoluter Ruhe und
Überlichkeit entgegen. Für England steht bei dem
U-Boottief die ganze Handelsflotte auf dem Spiele. Die
Angriffe auf Hamburg und Kiel sind ein entsetzlicher Traum
geblieben. Statt dessen stehen wir mit unseren Streit-
kräften an der englischen Küste und unsere Luftschiffe
schweben über England. Wir würden den Krieg mit
Amerika nicht, wir würden ihn aber auch nicht. England
entzündet einen Weltkrieg, um sein eigenes Gaud zu
schützen. Das Gaud wird aber über seinem Gaud zu
kommenbrechen. Wer sich mit England ver-
bindet, stirbt daran. Es ist unverständlich, wie
man in Rußland auf den Gedanken kommen kann, irgend
jemand in Deutschland wolle dem Borisismus oder den
Jaren zu Hilfe kommen. Wir führen diesen Krieg nur
zur Verteidigung der eigenen Scholle und des Vater-
landes. Bedauerlich ist die Anführung im Herrenhaus
das deutsche Volk habe einen besseren Reichstag verdient.
Die wegwerfende Bemerkung des Reichsanwaltministers,
der Reichstag sei jetzt zu laut noch nicht dazu da, preußi-
sche Minister zu treffen und abzuweisen, bedauern wir
sehr und danken dem Reichsanwalt für die Verteidigung
des Reichstages im Abgeordnetenhaus. Uns geht der
Reichstag über jedes bundesstaatliche Interesse.
(Bravo!) Man braucht mit den inneren Reformen nicht
zu warten bis nach dem Krieg. Die Welt ist für die
Reichstagsarbeiten das Verhältnisbestimmend das beste.
Auch die demokratisch regierten Länder sind widerstands-
fähig, sonst wäre Frankreich längst zusammengebrochen und
sonst brauchen wir nicht mit England so zu ringen.
Demokratische Diplomaten hätten es auch nicht schiedler
gemacht als unsere Diplomatie. (Zehr richtig!) Wir
müssen nachfordern, ob nicht irgend wo sich Zulieferer
vorfinden. Wenn die Regierung Reformen für notwendig
hält, so sollte sie sich dieselben nicht abrinnen lassen,
sondern die Initiative ergreifen. (Zehr richtig!) Bei
der Belagerung der Stellen in den besetzten Gebieten, hat man
sehr nicht nach dem Grundgesetz verfahren: Freie Bahn
denen, die den Reichsanwalt mit den inneren Reformen nicht
zufrieden sind, ein Reichstag vorzuziehen? Konstitutionen
Ginbernisse sollten nicht mehr bestehen. Wir werden uns
der Aufhebung des Reichstages ebenfalls widersetzen.
Das Staatsrecht des deutschen Volkes hat sich
herrlich bewährt, es wird das sicherste Fundament bilden
für die weitere Entwicklung. (Beifall.)

Abg. Graf Westphal (Nat.): In dem Augenblick, wo wir
im Kampf um unser Leben stehen, treten nach meinem
Empfinden die Fragen der innerpolitischen Zukunft ver-
hältnismäßig in den Hintergrund. Wir leben uns deshalb
auch nicht mit dem Reichsanwalt und dem Abgeordneten-
haus auseinander. Im Vorbergang der Erörterung über
die Neuorientierung steht die Reform der verfassungs-
rechtlichen Lage des Reichstages voran. Wir werden die
Bauern und Wirtenberger dazu sagen, wenn wir ihre
Verhältnisse hier immer in dieser Weise kritisieren? Wir
sind durchaus damit einverstanden, daß die Reformen erst
nach dem Krieg vorgenommen werden. Die bewährten
Männer im Herrenhaus halten eben eine demokratische
Einmischung von ihrem Standpunkt aus für eine Schädigung
der vaterländischen Interessen. Wenn einzelner
Reden sollte man nicht gegen die ganze Institution Sturm
laufen. Entschieden Einspruch erheben wir dagegen, daß
man unsere Forderung nach dem U-Boottief mit un-
vollständigen Forderungen und mit der Kaiseranerkennung
in Verbindung bringt. Auch im Herrenhaus ist anerkannt
worden, daß das preussische Wahlrecht reformbedürftig ist
und daß wir an der Verbesserung mitsprechen werden.
Das darf aber nicht so dargestellt werden, als ob nun alles
morsch und erneuerungsbedürftig sei. Deutschland hat
überlegenheit gezeigt gegenüber allen äußeren Feinden, das
beweist die volle Gesundheit unseres Volks- und Staats-
wesens. (Zehr richtig! rechts, Widerspruch links.) Das ist
für uns der Ansporn daran selbsthalten. Nämlich an einer
starken Monarchie, an einem Monarchen von Reich und
Blut, der die Gefühle seines Volkes führt und bündelt.
(Beifall.) Für so töricht brauchen Sie uns nicht
zu halten, daß wir den Fortschritt des Reiches von Friedrich
Wilhelm I. und Friedrich dem Großen an dem Volkshere
Schonherheit nicht würdigen. Das der Ausdruck „absoluter
Militarismus“ vom Reichsanwaltminister sehr
glücklich gewählt ist, vermögen auch wir nicht anzuerkennen.
Wenn die demokratische Melle die Grundfragen ver-
gessenem will, die wir für das deutsche Volk als not-
wendig erachten, so werden wir uns mit aller Macht dem
entgegen stemmen. Den Anträgen stimmen wir nicht zu,
da wir für den Augenblick eine grundsätzliche Änderung
unserer einzelstaatlichen Einrichtungen nicht bekräftigen
können. Das der Staatsrechtler die Antworten sich nach
Bundesangelegenheiten umgelenken hat, ist durchaus verständlich.
Die russische Revolution läßt sich nicht überleben. Bei
allem Schmutz, die das Herrenhaus trifft, wird sich niemand
der Tragik seines Gedächtnisses anzigen können. Auch wir
wünschen den baldigen Frieden, der uns ein Aufkommen
leben mit dem neuen Zustand ermöglicht. Der Entschluß
Amerikas können wir in Ruhe entgegennehmen. An
dem Sperrgebiet darf nichts geändert werden. Wir ver-
trauen darauf, daß der U-Boottief auch England zum Frieden
zwingen wird. Den Rußland im Westen konnte nur ein
Zinzenburg durchzuführen. Wir sind entschlossen, die tiefer-
ste Beendigung des Krieges durchzuführen.

Darauf ergriff der Reichsanwalt das Wort:
Meine Herren, ich werde aus dem großen Kreis, der von
den Herren Vorrednern behandelten Gegenstände nur Ein-
zelnes herausgreifen. Vorweg liegt es mir daran, im Namen
der Verbündeten Regierungen, dem Reichstage laut zu
sagen für die alte und neue Erziehung der Erwerbslos-
en. Der Reichstag hat sich mit dem heute gezeigten Be-
schluß ein neues Verdienst um unser Land erworben. Es hat
ein wertvolles Organismus hierdurch für uns geschaffen,
das uns mit weiterer Unterstützung in Rußland leben, die
verhältnismäßigen Monarchie in Rußland leben, die

Der Reichsanwalt. Soweit wir hier erkennen können, ist Kaiser
Wilhelm das Opfer eigener Tragik. Er
Schuld gemordet. Seit der langen Zeit waren
Freuden und Ruhm durch eine traditionell gemordeten
Freunde verbunden. Aber im russischen Herrscherhaus
ist der letzte Träger der alten guten Beziehungen eigen-
lich schon mit Alexander II. ins Grab gefahren. Und ein-
gebend der Bande, die die benachbarten Reiche durch ein
Jahrhundert verknüpft hatte, unangehend der Lachide,
das seine vitalen Interessen-Gelegenheiten beide Länder tren-
nen, litt der Zar sehr und mehr in das Jahrmasser der
Entente und geriet schließlich in so starke Abhängigkeit von
der in dem autokratischen Regime herrschenden Kriegsbahn,
daß er in den Schicksalshänden des Juli 1914 den Appell
Seiner Majestät des Kaisers an die langjährige Freundschaft
anabotter verhalten ließ. Eine bei unseren Gegnern noch
jeder beliebte Legende ist es, daß es die deutsche Regierung
gemeint sei, die das reaktionäre autokratische Regime in
Rußland gegen jede freiheitliche Bewegung unterstüzt habe.
Schon vor einem Jahre habe ich hier im Reichstage erklärt,
daß dies eine den Tatsachen direkt widersprechende Behauptung
ist. Als Rußland im Jahre 1905 durch den japanischen
Krieg und die darauf folgende Revolution in ernste Not
gefiel, war es der Kaiser, der dem Kaiser, der dem
Kaiser Wilhelms auf Grund seines persönlichen Freundschafts-
verhältnisses bringen geratet hat, sich den berechtigten
Reformwünschen seines Volkes nicht länger zu wider-
setzen. Also das genaue Gegenteil von dem, was auch jetzt
wieder zu sehr durchsichtigen Zwecken behauptet wird. Der
Kaiser hat andere Wege ergriffen, Wege, die weder den
Interessen seines eigenen noch unseres Landes entgegen-
stehen mit seinem inneren Rußland befristeten Rußland
wäre kaum Raum geworden für die inneren Reformen und
Erhebungen. Ist schließlich in diesem Krieg gefestigt und das
alte Regime so stark belastet haben, daß es sogar schwer
fällt, das natürliche menschliche Mitleid mit dem ge-
schwächten Herrscherhaus zu seinem Rechte kommen zu lassen.
Wie die Dinge sich jetzt entwickeln werden, kann wohl
niemand vorher sagen. Uns ist die Stellung zu den russischen
Vorgängen klar vorzuziehen. Wir werden auch weiterhin
den Grundabstand belassen, uns in die inneren Verhältnisse
rußlands nicht einzumischen. (Beifall.) Von mis-
trauischer Seite werden jetzt mit allen erdenklichen Mitteln
in der Welt Propaganda verbreitet. Deutschland wolle die
kaum erzwungene Freiheit des russischen Volkes vernichten.
Seine Majestät der Kaiser wolle die Herrschaft des Jaren
über die geschwächten Untertanen wieder herstellen. Diese
Ausstellungen sind eitel Lüge und Verleumdung, was ich
hiermit mit allem Nachdruck feststelle. Wie sich das
russische Volk sein Gaud einrichtet, ist
ausschließlich seine eigene Angelegenheit,
in die wir uns nicht einzumischen. (Beifall.) Das einzige,
was wir wünschen, ist, daß sich in Rußland die
Hände entwickeln möchten, die es zu
einem festen und gesicherten Volk-
werk des Friedens machen. (Beifall.) (Beifall.)
Tragt die Neuordnung der Dinge dazu bei, die Wieder-
herübernahme der beiden auf gute Nachbarschaft angelegenen
Völker zu erleichtern, so begrüßen wir das mit Freude. (Beifall.)
Wir haben unter den Sünden des alten Rußlands,
das die Herrschaft der Herrschaft der Herrschaft der Herrschaft
im Juli 1914 gegen uns mobil gemacht, das im Dezember
1916 als erster unserer Feinde unter Friedensangebot
höflich abgelehnt hat, selbst genug gelitten. Das russi-
sche Volk, das diesen Krieg aemich nicht
gewollt hat, kann ohne Sorge vor irgendwelcher
Einmischung von unserer Seite sein.
Wir begreifen nichts anderes, als möglichst
bald die beiden in Frieden mit sich zu vereinigen.
In der ersten Phase des Friedens, der auf
einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage
aufgebaut ist.
Meine Herren, in den nächsten Tagen versammeln sich die
Vertreter des amerikanischen Volkes, die vom Präsidenten
Wilson zu einer außerordentlichen Sitzung des Kongresses
zusammenberufen sind, um über die Frage, ob Arie oder
Frieden zwischen dem amerikanischen und dem deutschen
Volke, zu entscheiden. Es ist schon sehr frühzeitig
die geringste Möglichkeit, Amerika anzugreifen und
es hat diese Möglichkeit auch
heute nicht. Es hat niemals den Krieg mit
Amerika gemacht, ebenso wenig wie es dies heute tut. Wie ist
denn der Übergang gemeint? Wir haben den Vereinigten
Staaten mehr als einmal gesagt, daß wir auf die unbe-
schränkte Anwendung der U-Boottiefe in der Erwartung
verzichtet haben, daß England dazu gezwungen werden würde,
bei seiner Vordringlichkeit die Rechte der Neutralität zu
verleihen. Diese Vordringlichkeit ist ein höchst bedauerliches
Verstoß gegen die Gerechtigkeit, in einem Frieden, der auf
einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage
aufgebaut ist.
Wir sind es nicht, die die Verantwortung dafür tragen,
das deutsche Volk, das den Reichsanwalt gegen
über Amerika empfindet, wird auch dies zu ertragen und zu
überwinden wissen.

(Bravo.)
Meine Herren, die demnächstige Regierung hat ihre
Beziehungen zu uns abgebrochen. Der demnächstige Gesandte hat
keine Hilfe erhalten. Unsere Beziehungen zu China sind
freilich der verhältnismäßig Natur gewesen, und wenn die
Beziehungen jetzt ein Ende gefunden haben, so braucht ich
Sinn nicht zu sagen, daß wir nicht ein neues Geschäft
der demnächstigen Regierung vorliege, sondern daß wir unter
dem Druck unserer Gegner behandelt hat. Auch diesen
finanzielle Schwierigkeiten dabei eine Rolle gespielt haben,
beraten China während des Krieges nicht Herr werden konnte.
Für unsere Gegner handelt es sich darum, unsere Handel
und in China zu verhindern und sich das miltellose annehmen,
nach dem Reich und deutsche Wirtschaft sich dort in

Abg. Müller-Meinungen (fortfahrend): An Bayern hat
sich der König loben gewünscht, daß das Volk seit je für
das allgemeine und direkte Wahlrecht. Ist man in Preußen
darfür nicht reif? Wir beantragen demgemäß die Ein-
führung des allgemeinen, gleichen direkten und zehnjährigen
Wahlrechts in allen deutschen Bundesstaaten. Nichts ist
mehr, als eine uneingeschränkte Militärreform. Bedauerlich
ist, daß der Reichsanwaltminister im Abgeordneten-
haus gesagt hat, daß die Militärischen in keinem alten
genen Bewegung haben Verwehen und Deutschland ge-
schaffen. (Zehr richtig! richtig!) Nein, die allgemeine
Wahlrecht und die Volkstrahl haben Verwehen und Deutsch-
land groß gemacht. (Zehr richtig! links.) Rein Wort ist
zu hoch, um einen Minister, der so den Feinden die
Kraft in die Hand gibt, entzagen zu lassen. Der Unter-

